

Zentralasienpolitik

Yvonne Braun*

Auch die EU-Zentralasienpolitik stand zuletzt im Zeichen der Covid-19-Pandemie. So gab die EU am 28. April 2020 bekannt, dass sie Kirgisistan über 36 Mio. Euro für den akuten Kampf gegen SARS-CoV-2 bereitstellt. Der Großteil davon soll den krisenbedingten Finanzbedarf des Landes decken, damit auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung eingegangen sowie die Lebensmittelversorgung gewährleistet werden kann. Die restlichen Gelder dienen der Unterstützung des Gesundheits- und Krisenmanagements sowie der Entwicklung von Online-Lernplattformen für Schulen. Die Mobilisierung dieser Mittel ist Teil der globalen Reaktion der EU auf die Pandemie, im Rahmen derer die EU, ihre Mitgliedstaaten sowie Finanzinstitute als „Team Europa“ ihre Ressourcen bündeln.¹

Am 15. Juli 2020 lancierte die EU das Programm „Central Asia COVID-19 Crisis Response“ (CACCR) als Teil eines Hilfspakets von insgesamt 124 Mio. Euro für die Region im Rahmen des „Team Europa“-Ansatzes. Für die kommenden zwei Jahre stehen 3 Mio. Euro für das Programm zur Verfügung, das von der Weltgesundheitsorganisation implementiert wird und sich an Kasachstan, Kirgisistan sowie Turkmenistan richtet. Zunächst werden die drei Staaten durch die Bereitstellung von medizinischer Ausrüstung oder die Schulung von medizinischem Personal bei der Eindämmung der Pandemie unterstützt. Auch längerfristig sollen damit die nationalen Gesundheitssysteme gestärkt werden, um besser gegen zukünftige Gesundheitsbedrohungen gewappnet zu sein.²

Die Pandemie als Chance für eine grünere, nachhaltigere Wirtschaft

Der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Peter Burian, dessen Mandat vom Rat der EU bis zum 28. Februar 2021 verlängert wurde,³ sieht neben den offensichtlichen Herausforderungen in der Pandemie auch die Chance für eine grünere, nachhaltigere Wirtschaft in Zentralasien. Dementsprechend unterstützt die EU die von Deutschland am 28. Januar 2020 gestartete Initiative „Green Central Asia“, die die regionale Annäherung der fünf Staaten Zentralasiens sowie Afghanistans für eine intensiviertere Zusammenarbeit gegen die Folgen des Klimawandels und die damit verbundenen (Sicherheits-)Risiken fördert.⁴ Die deutsche Initiative steht im Einklang mit dem Europäischen Green Deal, als dessen erste Implementierungsmaßnahme in Zentralasien die EU im Mai 2020 8 Mio. Euro für das

* Die Autorin dankt David Gottheit für die vielfältige Zuarbeit.

1 Europäischer Auswärtiger Dienst: EU mobilises more than EUR 36 million to support Kyrgyzstan in the response to COVID-19, 28.4.2020, abrufbar unter: https://eeas.europa.eu/delegations/kyrgyz-republic/78089/eu-mobilises-more-eur-36-%D0%BCillion-support-kyrgyzstan-response-covid-19_en (letzter Zugriff: 15.10.2020).

2 Europäischer Auswärtiger Dienst: EU launches a EUR 3 million program to combat COVID-19 in 3 Central Asian countries Kazakhstan, Kyrgyz Republic and Turkmenistan, Pressemitteilung, 21.7.2020.

3 Rat der Europäischen Union: Rat verlängert Mandat von sechs EU-Sonderbeauftragten, Pressemitteilung 99/20, 25.2.2020.

4 Auswärtiges Amt: Startschuss für „Green Central Asia“: Regionale Zusammenarbeit gegen die Folgen des Klimawandels, 28.1.2020, abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/klima/konferenz-green-central-asia/2296344> (letzter Zugriff: 15.10.2020).

Programm „Sustainable Energy Connectivity in Central Asia“ (SECCA) zur Förderung nachhaltiger Energie durch einen regionalen Ansatz ankündigte.⁵

Die Verhandlungen über ein neues Budget für die Region

Waren im Kommissionsentwurf vom Mai 2018 noch 89,2 Mrd. Euro für das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und Internationale Zusammenarbeit (Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument, NDICI) – worunter das bisherige Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit (Development Cooperation Instrument, DCI) und damit auch die für Zentralasien zur Verfügung stehenden Mittel fallen – vorgesehen, schlug die Kommission in ihrem Haushaltsentwurf vom Mai 2020 für das NDICI insgesamt 86 Mrd. Euro (zu Preisen von 2018) vor, wovon 10,5 Mrd. Euro aus dem Aufbauinstrument „Next Generation EU“ finanziert werden sollten. Umgerechnet zu 96 Mrd. Euro in jeweiligen Preisen, sind dies etwa 8 Prozent mehr als im Vorschlag von 2018.⁶ Der Europäische Rat wiederum einigte sich im Juli 2020 auf eine Gesamtfinanzausstattung des NDICI in Höhe von 70,8 Mrd. Euro (zu Preisen von 2018),⁷ die damit weit hinter den 89,2 Mrd. des Kommissionsvorschlags von 2018 zurückbleibt.

Bilaterale Abkommen

Am 6. Juli 2019 wurden die Verhandlungen über das vertiefte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) zwischen der EU und Kirgisistan abgeschlossen. Gegenüber dem PKA, das bereits seit 1999 in Kraft ist, hebt das vertiefte Abkommen die Unterstützung Kirgisistans bei Reformen in den Bereichen Justiz, Bildung, ländliche Entwicklung, Wassermanagement und Infrastruktur hervor. Darüber hinaus werden die Entwicklung des Privatsektors gefördert sowie der Handel erleichtert, indem der entsprechende Rechtsrahmen an die aktuellen europäischen und internationalen Standards angepasst wird.⁸ Die Unterzeichnung und Ratifikation des vertieften PKA stehen noch aus.

Das im Dezember 2015 unterzeichnete vertiefte PKA zwischen der EU und Kasachstan trat am 1. März 2020 in Kraft und vertieft die Kooperation in Bereichen, die von der vorläufigen Anwendung des PKA ausgenommen waren, wie Beschäftigung, Forschung und Innovation, Industrie, Gesundheit, Zivilgesellschaft, Tourismus und Sicherheit.⁹

Weiterführende Literatur

Fabienne Bossuyt: What Role for the EU in a Post-COVID-19 Central Asia: On the Way Out or Right Back In?, 23.5.2020, abrufbar unter: <http://cris.unu.edu/what-role-eu-post-covid-19-central-asia> (letzter Zugriff: 15.10.2020).

5 Europäische Kommission: European Union approves first actions for Central Asia in line with the European Green Deal priorities, 19.5.2020, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/international-partnerships/news/european-union-approves-first-actions-central-asia-line-european-green-deal-priorities_en (letzter Zugriff: 15.10.2020).

6 Europäische Kommission: Ein EU-Haushalt für die Zukunft. Das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Internationale Zusammenarbeit (NDICI), Factsheet, 14.6.2018; Europäische Kommission: Ein EU-Haushalt für die Zukunft. Das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Internationale Zusammenarbeit, Factsheet, Juni 2020.

7 Europäischer Rat: Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates (17., 18., 19., 20. und 21. Juli 2020) – Schlussfolgerungen, EUCO 10/20, S. 55.

8 Europäischer Auswärtiger Dienst: EU-Kyrgyz Republic Enhanced Partnership and Cooperation Agreement, Factsheet, 6.7.2019.

9 Europäischer Auswärtiger Dienst: Entry into Force of the EU-Kazakhstan Enhanced Partnership and Cooperation Agreement – 1 March 2020, Pressemitteilung, 25.2.2020.